



Österreichischer  
Städtebund

Rathaus, 1082 Wien

Telefon +43 (0)1 4000 89980  
Fax +43 (0)1 4000 7135  
post@staedtebund.gv.at  
www.staedtebund.gv.at

DVR 0656097 | ZVR 776697963

Unser Zeichen:  
60-01-(2015-0893)

bearbeitet von:  
Schwer DW 89970

elektronisch erreichbar:  
stephanie.schwer@staedtebund.gv.at

An das BMVIT  
BMVIT - IV/L2 (Luftfahrt-  
Rechtsangelegenheiten)  
Radetzkystraße 2 , 1030 Wien  
per E-Mail : l2@bmvit.gv.at  
katja.nonnenmacher@bmvit.gv.at  
Zahl BMVIT: BMVIT-58.531/0001-IV/L2/2015

Wien, 09. Juni 2015

**Stellungnahme Krankenhaus-  
Hubschrauberflugplatz-Verordnung –  
KHV**

Sehr geehrte Damen und Herren!  
Sehr geehrte Frau Mag. Nonnenmacher!

Der Städtebund übermittelt hiermit seine Stellungnahme zum Entwurf einer  
Krankenhaus-Hubschrauberflugplatz-Verordnung – KHV.

Insbesondere soll vorab auf den Sonderfall des Krankenhauses Hallein  
verwiesen werden:

Da es für die Bezirke Hallein und Salzburg-Umgebung keinen  
Notarzwagendienst gibt, wurde ein Notarzhubschrauberdienst mit einem  
Landeplatz beim Krankenhaus Hallein eingerichtet, der derzeit über keine  
Zivilflugplatzbewilligung verfügt. Seitens des Krankenhauses Hallein besteht  
derzeit keine Möglichkeit, die Hubschrauberlandefläche beim Krankenhaus

mit vertretbaren Kosten zu verlegen und es ist unsicher, ob die Bedingungen des vorgeschlagenen § 12 Abs. 6 erfüllt werden können.

Auch die Finanzierung des Landeplatzverantwortlichen bzw. dessen Ausbildung ist nicht gesichert und dem Krankenhaus Hallein ist nicht bekannt, mit welchen Kosten eine Haftpflichtversicherung in der Höhe von 145 Mio. € verbunden wäre. Die VertreterInnen des Krankenhauses Hallein gehen jedenfalls von einmaligen Kosten in der Höhe von 20.000€ und jährlichen Kosten von rund 5.000€ aus, wenn die gegenständliche Hubschrauberflugplatz-Verordnung in dieser Art und Weise beschlossen werden sollte. Sollte eine gänzliche Neuerrichtung des Landesplatzes nötig sein, so wären dazu entsprechend höhere Kosten zu veranschlagen.

Insgesamt kann die gegenständliche Hubschrauberflugplatz-Verordnung dazu führen, dass es unsicher ist, ob der Notarzthubschrauberdienst in Hallein und Salzburg-Umgebung weiterhin Bestand haben kann – mit allen negativen Effekten für die Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung.

Wir ersuchen daher um entsprechende Ausnahmen in der vorliegenden Verordnung, damit der Notarzthubschrauberdienst in Hallein und Salzburg-Umgebung weiterhin betrieben werden kann.

Eine redaktionelle Anmerkung: für ein besseres Verständnis sollten auch die zugehörigen Grafiken zur Verfügung gestellt werden (ICAO Annex 14 Part II).

Zu den Vorschlägen im Einzelnen werden folgende Änderungsvorschläge eingebracht:

1. § 2 Abs. (1)

Der Ausdruck Ambulanz- und Rettungseinsätze sollte im Hinblick auf die EU VO 965/2012 angepasst werden und durch den Ausdruck medizinisch notwendige Flüge zumindest ergänzt oder ersetzt werden.

2. § 7 Abs. (2)

Wie in ZFV § 15 Abs. 1 Zeile 1 definiert, ist die Sicherstellung des Benützungsfaktors für Flughäfen vorgesehen und nicht für Flugfelder. Da per Definition gemäß LFG § 65 Abs. (1) "Flugfeld ist ein Zivilflugplatz, der nicht Flughafen ist" definiert ist, sollte richtiger Weise die Formulierung gemäß ZFV § 15 Abs. (1) Zeile 3 herangezogen werden.

„Auf Krankenhaus-Hubschrauberflugplätzen ist die Richtung von Pisten soweit als möglich in der vorherrschenden Hauptwindrichtung festzulegen“. Aus unserer Sicht erscheint es nicht als notwendig und zielführend, wenn im Gegensatz zur ZFV, die gleichen Maßstäbe wie für Flughäfen angesetzt werden.

3. § 7 Abs. (3)

Zur genaueren Definition und um Interpretationsspielraum zu verhindern, sollte der Satz wie folgt präzisiert werden

„Werden für einen Krankenhaus-Hubschrauberflugplatz zwei An- und Abflugflächen festgelegt, so müssen die Mittellinien der An- und Abflugflächen mindestens 150° zueinander angeordnet werden.“

4. § 12 Abs. (1)

" ... nicht befestigt sein darf." Hier dürfte ein Übersetzungsfehler vorliegen.

ICAO Annex 14 - Safety areas

3.2.20 The FATO shall be surrounded by a safety area which need not be solid.

5. § 14 Abs. (1)

Die Referenzen in den Punkten 1. und 2. sind nicht korrekt. Es müsste heißen:

1. ...gemäß Z 116 ....

2. ...gemäß Z 113 ....

6. § 17 Windrichtungsanzeiger

Aus der Praxis hat sich gezeigt, dass auch auf erhöhten Landeplätzen ein Windrichtungsanzeiger gleich dimensioniert sein sollte wie die auf Bodenlandeplätzen geforderten.

Somit wäre eine einheitliche Dimensionierung für boden- und erhöhte Landeplätze mit einer Länge von 2,4m, Kegelanfang mit 0,6m und einem Kegelende von 0,3m zu empfehlen.

Einen Windrichtungsanzeiger mit einer Länge von 1,2m auf eine Distanz von 200m in dichtverbauten Gebieten bei möglicherweise eingeschränkter Sicht klar zu erkennen kann zur Herausforderung werden.

7. § 18 Abs. (3)

Eine derartige zusätzliche Beleuchtung könnte bei Nachtflügen zu einer Blendwirkung des Piloten führen und ist für ein nachadaptiertes Auge nicht von Vorteil.

8. § 20 Abs. (1)

Da beide Angaben limitierende Faktoren für eine Benutzung der Landefläche darstellen, sollte der Satzteil „... hinsichtlich der zulässigen Größe des Hubschraubers (D) und/oder des maximalen Abfluggewichtes.....“ auf „... hinsichtlich der zulässigen Größe des Hubschraubers (D) und des maximalen Abfluggewichtes .....“ geändert werden.

9. § 23 Befeuerung

Um eine effektive Beleuchtung der Landefläche sicher zu stellen, sollten Vorgaben für Lichtstärken und Ausführungen vorgegeben werden.

10. § 24 (Rettungs- und Feuerlöschwesen)

Die Anwendung der Bestimmungen der Zivilluftfahrt-Vorfall- und Notfall-Maßnahmen-Verordnung (ZNV), im § 24 (Rettungs- und Feuerlöschwesen) des KHV-VO-Entwurfes vorgeschrieben, sollte präzisiert angeführt werden, da es sich bei den Krankenhaus-Hubschrauberflugplätzen um keinen normalen Zivilflugplatz handelt. Bei Militärflugplätzen ist diese Verordnung auch nur insoweit anzuwenden, wenn eine Benützung für Zwecke der Zivilluftfahrt bewilligt wurde (siehe § 1 Abs. 2 ZNV). Gemäß § 11 Abs. 1 ZNV müssten auch längstens alle 2 Jahre umfassende Einsatzübungen durchgeführt werden.

Wir ersuchen um Berücksichtigung der eingebrachten Änderungsvorschläge und insbesondere um entsprechende Regelungen zur Reduktion der negativen Auswirkungen beim Spezialfall Hallein!

Mit freundlichen Grüßen,



OSR Dr. Thomas Weninger, MLS  
Generalsekretär